LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

17.05.2022
Drucksache 8/1177

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

–

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bekenntnis zum Wiederaufbau der Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe in Bitterfeld-Wolfen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/1136**

Der Landtag wolle beschließen:

Geburtshilfe in der Fläche sichern und selbstbestimmte Geburten stärken

Der Landtag dankt den Akteurinnen und Akteuren, die es geschafft haben, die Frauenheilkunde und perspektivisch die Geburtshilfe am Standort des Gesundheitszentrums Bitterfeld-Wolfen als Leistungsangebot wiederzubeleben.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Rahmen der Fortschreibung der Rahmenvorgaben für Versorgungs- und Qualitätsziele der Krankenhausplanung in Sachsen-Anhalt gemäß § 3 Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt dafür einzusetzen, dass a) die Geburtshilfe als sog. „Soll-Bestimmung“ für die Basisversorgung und b) das Leistungsangebot „Hebammenkreißsaal“ in diese Rahmenvorgaben aufgenommen werden,

2. mit den Hebammenverbänden im Land den allgemeinen Bedarf nach einem Hebammenfonds zur Stärkung und Absicherung der ambulanten Geburtshilfe und dessen konkreter Ausgestaltung zu eruieren und für die kommenden Haushalte einzuplanen,

3. zur bisherigen Umsetzung des Gesundheitsziels des Bundes „Gesund rund um die Geburt“ im Land sowie zum im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausbau der Hebammenkreißsäle im zuständigen Ausschuss im III. Quartal 2022 zu berichten und

(Ausgegeben am 17.05.2022)

4. anfänglich zum kommenden „Roses Revolution Day“ am 25. November 2022 und dann regelhaft in den folgenden Jahren zur Problematik von Gewalterfahrungen unter der Geburt mittels Öffentlichkeitsarbeit zu informieren und zu sensibilisieren sowie in der ersten Jahreshälfte 2023 mittels eines Fachtages dieses Thema im Land wissenschaftlich zu betrachten und politisch zu diskutieren und die Ergebnisse des Fachtages sowohl öffentlich aufzubereiten wie im III. Quartal 2023 im zuständigen Ausschuss vorzustellen.

Begründung

Die Geburt eines Kindes ist als biographisch prägendes Erlebnis für Mütter und Väter von existenzieller Bedeutung. Eine selbstbestimmte und natürliche Geburt ist dabei auf bestmögliche Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu gehören wohnortnahe Geburtsstationen, denn eine Geburt als nicht-planbares Ereignis, kann nicht in zentralisierten Einrichtungen bedarfsgerecht begleitet werden. Lange Anfahrtszeiten zu Geburtskliniken erzeugen unnötigen Stress im Vorfeld der Geburt und steigern die Gefahr, die Geburtsklinik nicht rechtzeitig zu erreichen. Daher ist es geboten, Geburtshilfe als Teil der Basisversorgung zu stärken.
Gleichzeitig sind Angebote wie der Hebammenkreißsaal im Land weiter auszubauen und zu stärken. Dies im Sinne einer selbstbestimmten Geburt und im Sinne einer Aufwertung der Hebammenprofession. In diesen „Geburtshäusern im Krankenhaus“ kann das Verständnis „eine Geburt ist keine Krankheit“ und der Anspruch einer interventionsarmen Geburt umfassend gelebt werden, weil Hebammen samt entsprechender Berufsethik und Berufsverständnis diese Einrichtungen leiten. Die ärztliche Kunst ist dann gefragt, wenn es zu Komplikationen kommt.
Um gerade in der Fläche auch ambulante Geburten zu ermöglichen, hat das Land den Ansatz eines Hebammenfonds wieder aufzugreifen und dessen Ausgestaltung mit den Hebammenverbänden im Land zu konkretisieren.
Gewalterfahrungen während der Geburt - physische wie psychische - werden sicherlich schon lange erlitten, aber erst seit kurzem verstärkt öffentlich diskutiert. Der „Roses Revolution Day“, der 2012 zum ersten Mal begangen wurde, findet jährlich am 25. November statt und soll auf dieses Problem aufmerksam machen. Die Landesregierung soll ab diesem Jahr per Öffentlichkeitsarbeit das Anliegen dieses Tages aufgreifen und entsprechend informieren und sensibilisieren. Die gleiche Zielstellung wird verfolgt durch den geforderten Fachtag im I. Quartal 2023, um zusammen mit Vertreter*innen der Wissenschaft und der Praxis zu Umfang und Formen der Gewalt während der Geburt und möglichen Präventionsstrategien und Präventionsmaßnahmen zu diskutieren und politische Maßnahmen zu eruieren.

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende